

## Antrag

# A19 Menschen schützen und Gewalt überwinden!

Antragsteller\*in: Daniela Hottenbacher (BDKJ-Bundesvorstand)

### Antragstext

#### 1 **Wege zum Frieden etablieren**

2 Seit den letzten friedensethischen Positionierungen des BDKJ sind Kriege in und  
3 im Umfeld von Europa ausgebrochen. Zudem hat sich die Rivalität zwischen Staaten  
4 global deutlich verschärft. In dieser sich dynamisch entwickelnden Situation  
5 vergewissern wir uns unserer friedensethischen Positionen und geben Impulse für  
6 die Weiterentwicklung unserer Positionen in den politischen, kirchlichen und  
7 gesellschaftlichen Debatten.

#### 8 **Unsere friedensethische Tradition:**

#### 9 **Wir stehen als Christ\*innen und Europäer\*innen ein für Demokratie und** 10 **Menschenrechte!**

11 Als überzeugte Christ\*innen und Europäer\*innen halten wir an unseren Zielen und  
12 Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an  
13 Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben. Zuletzt wurden sie  
14 ausführlich in den Beschlüssen der BDKJ- Hauptversammlungen „Kinder und  
15 Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen“ (2016) und „Frieden ist mehr wert!  
16 Frieden und Sicherheit weiterentwickeln – Perspektiven für alle jungen Menschen  
17 schaffen!“ (2019) dargestellt.

18 Gemäß der Botschaft Jesu streben wir einen von Mitmenschlichkeit und Liebe  
19 geprägten umfassenden Frieden zwischen den Menschen an. Der Friede in der Welt  
20 ist jedoch immer brüchig, das Zusammenleben von unterschiedlichen Sichtweisen  
21 und Konflikten geprägt. Daher ist für uns die Friedensordnung der Vereinten  
22 Nationen maßgeblich, deren Charta von fast allen Staaten dieser Welt ratifiziert  
23 wurde, um die „Geißel des Krieges“ aus der Welt zu schaffen. Mit der Anerkennung  
24 der Souveränität der Staaten, dem Verzicht auf Aggression, der Etablierung  
25 internationaler Gerichtsbarkeiten und Hilfsprogrammen wurde eine politische und  
26 rechtliche Basis geschaffen, auf der die Entwicklung von Frieden, Sicherheit und  
27 Gerechtigkeit möglich ist. Zur Beilegung entstehender Konflikte setzen wir auf  
28 Prävention, Formen gerichtlicher Streitbelegungen und möglichst gewaltarme  
29 Interventionen, wobei die Anwendung militärischer Gewalt als ultima ratio zur  
30 Verteidigung oder Schutz grundlegender Menschenrechte in der Verantwortung der  
31 Vereinten Nationen beschränkt bleiben muss.

32 Das bedeutet, dass wir alle Staaten in Ihrer Souveränität anerkennen.  
33 Gleichzeitig erwarten wir, dass alle Staaten den Frieden halten, in  
34 Institutionen der gewaltfreien Konfliktaustragung angemessen investieren und  
35 unsere westlichen Staats- und Gesellschaftsformen tolerieren. Damit verbunden

36 ist nicht nur die Erwartung von internationalem Frieden und Gerechtigkeit,  
37 sondern auch die Hoffnung auf Stärkung und Verwirklichung grundlegender  
38 Menschenrechte, wie sie in anderen Resolutionen der Vereinten Nationen und  
39 Verlautbarungen anderer supranationaler Institutionen gefordert werden.

#### 40 **Die aktuelle Situation:**

#### 41 **Das Erstarken autoritärer Regime und der bewusste Bruch der Friedensordnung**

42 Autoritäre Regierungen können den Menschen in ihren Staaten nicht genügend  
43 Schutz vor Leid und Verbrechen bieten oder üben sogar bewusst Gewalt zum Erhalt  
44 ihrer Macht aus. Die Debatte darüber, ob die staatliche Souveränität nicht ihre  
45 Rechtfertigung aus dem Schutz und Wohlergehen der Menschen ziehen muss, denen  
46 sie dient, und ob, wann und wie die internationale Gemeinschaft zu ihrem Schutz  
47 intervenieren sollte, muss dringend weitergeführt werden. Ebenso müssen wir uns  
48 fragen, wie Globalisierung gestaltet werden muss, dass sie nicht Staaten,  
49 sondern Menschen zugute kommt – ihr Wohlergehen sowie ihre individuellen Rechte  
50 fördert und sie vor Ausbeutung schützt.

51 Mit der russischen Föderation überzieht ein autoritär geführter, atomar  
52 bewaffneter Staat, der über ein Vetorecht im UN- Sicherheitsrat verfügt, seit  
53 Jahren souveräne Länder mit Krieg und deren Einwohner\*innen mit unermesslichem  
54 Leid. Dazu sucht er die enge Zusammenarbeit mit anderen autoritär regierten  
55 Staaten, strebt eine deutliche Rivalität gegenüber dem Verteidigungsbündnis der  
56 westlichen Welt (Nato) und eine Änderung der internationalen Ordnung an. In der  
57 Kriegsführung werden ein großer Verlust an Menschenleben in Kauf genommen und  
58 Verbrechen gegen die Menschlichkeit bewusst als Mittel der Kriegführung  
59 eingesetzt.

#### 60 **Unsere Forderungen in der aktuellen Situation:**

#### 61 **Erste Schritte zum Frieden müssen im Krieg gegangen werden!**

62 Wir möchten, dass die Menschen vor dieser unfassbaren militärischen Gewalt  
63 geschützt sind und dass die Friedensordnung der Vereinten Nationen als Basis  
64 jeder Entwicklung zu mehr Frieden verwirklicht wird. In der aktuellen Situation  
65 ist völkerrechtlich die Verteidigung nach Art. 51 UN- Charta und das Liefern von  
66 Waffen in diesem Rahmen erlaubt und vermutlich auch die einzige Möglichkeit zum  
67 Schutz der Menschen und zur Durchsetzung unserer Völkerrechtsordnung. Die  
68 Lieferung von Waffen zur Verteidigung nach Art. 51 UN Charta ist deutlich von  
69 anderen Waffenexporten zu unterscheiden, die wir nach wie vor gemeinsam mit der  
70 „Aktion Aufschrei“ durch ein grundsätzliches Waffenexportverbot möglichst  
71 eingeschränkt sehen wollen.

72 Auch sehen wir alle Regierungen in der Verantwortung, dass dieser Krieg nicht  
73 eskaliert, sondern eingedämmt werden muss. Wir fordern, dass nicht  
74 ausschließlich die militärische Perspektive betrachtet wird, sondern sich auch  
75 intensiv um andere Formen der Konfliktaustragung bemüht wird. In dieser  
76 Situation dürfen wir nicht im Denkmuster von Gewalt und Gegengewalt stehen  
77 bleiben. Die ersten Schritte zum Ende von Gewalt müsse noch unter den  
78 Bedingungen des Krieges gegangen werden!

79 **Wege der Diplomatie, des kirchlichen und gesellschaftlichen Austauschs**  
80 **ermöglichen!**

81 Wir fordern die Verantwortlichen in Staat, Kirche und Gesellschaft auf,  
82 auszuloten wo schon jetzt Dialoge möglich sind. Wenn es auf der Ebene der  
83 Regierungen nicht möglich ist, diese zu führen, dann vielleicht über  
84 zivilgesellschaftliche, caritative und kirchliche Kanäle. Die Botschaft Jesu  
85 verpflichtet auch die Politik und die gesellschaftlichen Akteure in dieser  
86 Situation Wege zur Überwindung von Gewalt und Feindschaften zu finden. Hilfreich  
87 scheint uns

- 88 • die Reflektion von Schuld und Verantwortung auch mithilfe der Kirchen und  
89 der Weiterentwicklung der christlichen Friedensethik durch die  
90 nachfolgenden Generationen.
- 91 • Die Einbindung insbesondere junge Menschen und Frauen in die  
92 Versöhnungsprozesse.
- 93 • Das Vorantreiben der europäischen Integration mit und für die Menschen aus  
94 Osteuropa.

95 Wir sehen uns in der Verantwortung, all das anzustoßen – gemeinsam mit  
96 karitativen Organisationen, Vertreter\*innen der Kirchen und den zu uns  
97 geflüchteten Menschen.

98 **Verteidigungsbereitschaft defensiv und Sicherheitspolitik kooperativ gestalten**

99 Die aktuellen Konflikte und allgemein die Rivalität zwischen den Staaten hat  
100 Fragen aufgeworfen, wie verteidigungsbereit unsere westlichen Gesellschaften im  
101 Bündnis der Nato sein müssen. Aus unserer Perspektive ist ein deutlicher Fokus  
102 auf Möglichkeiten effektiver Verteidigung zu legen. Auch muss beantwortet  
103 werden, ob die internationalen Einsätze der letzten Jahrzehnte, die mit oder  
104 ohne Unterstützung militärischer Mittel geführt wurden, zu mehr Frieden geführt  
105 haben. Hier erwarten wir eine ehrliche Evaluation durch den Bundestag, auch mit  
106 Blick auf die Zukunft im Rahmen der Vereinten Nationen. Gleichzeitig betonen wir  
107 unserer Forderung aus den vorangehenden friedensethischen Beschlüssen des BDKJ,  
108 dass mindestens ebenso viele Mittel für nichtmilitärische Vorhaben, wie zivile  
109 Konfliktbearbeitung, Krisenprävention, humanitäre Hilfe und  
110 Entwicklungszusammenarbeit ausgegeben werden. Dies halten wir für den  
111 effektivsten Weg für ein konfliktarmes Zusammenleben der Nationen. Weiterhin  
112 muss die Bundesregierung den zugesagten Verpflichtungen zur Unterstützung der  
113 Vereinten Nationen und ihrer Hilfsorganisationen nachkommen und so vor allem  
114 junge Generationen in Krisenregionen ein menschenwürdiges Leben, Teilhabe und  
115 Entwicklung ermöglichen.

116 Wir fordern dazu auf, die Stärkung der politischen, rechtlichen,  
117 wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten der Vereinten Nationen  
118 anzugehen!

- 119 • Wir fordern, dass jeder Kontinent im Sicherheitsrat mit einem ständigen  
120 Sitz vertreten ist, dass ein gegebenes Veto öffentlich in der UN-  
121 Vollversammlung gerechtfertigt werden muss und dass im UN- Sicherheitsrat

- 122 bindende Mehrheitsentscheidungen möglich sind.
- 123 • Wir fordern, dass die internationalen Gerichtshöfe der Vereinten Nationen  
124 effektive Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer Urteile erhalten. Wir  
125 fordern insbesondere darauf hinzuwirken, dass alle Staaten sich dem Regime  
126 des internationalen Strafgerichtshofs unterwerfen.
- 127 • Wir fordern effektivere politische und exekutive Möglichkeiten zum Schutz  
128 grundlegender Menschenrechte in allen Regionen dieser Erde!

### 129 **Wirtschaftliche Macht für mehr Frieden und Gerechtigkeit einsetzen**

130 Angesichts der aktuellen Situation fordern wir einen neuen Blick auf unsere  
131 Wirtschaftsbeziehungen. Wir alle – ganz gleich ob Menschen, Firmen oder Staaten  
132 - müssen darauf achten, dass sie in erster Linie den Menschen dienen und deren  
133 Rechte und Möglichkeiten fördern und nicht das Wohl und die Stärke von  
134 Unternehmen oder Staaten – aus dieser Perspektive scheinen sowohl die Konzepte  
135 „Wandel durch Handel“ als auch die Möglichkeiten von Sanktionen nur bedingt  
136 geeignet. Wir wünschen uns Handelsbeziehungen, die so gestaltet sind, dass Sie  
137 die Rechte der Menschen vor Ort und den Schutz der Umwelt in den Vordergrund  
138 stellen, und den Staaten am meisten nutzen, die diese Rechte am stärksten  
139 beachten.

### **Begründung**

Die BDKJ-Hauptversammlung hat im Mai 2022 den Beschluss gefasst, zu prüfen welche friedenspolitischen Positionen in welcher Form überarbeitet werden müssen.

Mit Blick auf die Beschlüsse der letzten Jahrzehnte sehen wir den Antrag "Frieden ist mehr wert" der Hauptversammlung 2019 weiterhin als Richtungsweisenden Beschluss, den wir mit dem diesjährigen Antrag weiter bestärken und der aktuellen Situation anpassen wollen.